

Der Atomausstieg ist ein wichtiger, notwendiger Schritt hin zur Energiewende

Autor(en): **Brand, Rafael / Rickenbacher, Iwan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2011)**

Heft 3: **Jetzt einsteigen in die Energiewende!**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586539>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

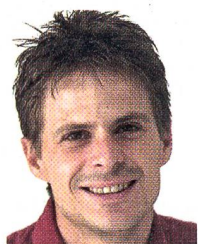
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Atomausstieg ist ein wichtiger, notwendiger Schritt hin zur Energiewende

Nicht ganz überraschend aber erfreulich: Bundesrat und Nationalrat haben den «geordneten» Atomausstieg beschlossen. Immerhin. Denn der Atomausstieg ist ein (längst) notwendiger Einstieg in die Energiewende. Klar ist: Die Atomlobby, FDP, SVP und auch CVP-AtombefürworterInnen wollen an der Option «Neue AKW» festhalten, damit die Energiewende nicht vorankommt. Im Ständerat droht der Pseudo-Atomausstieg.



Von **RAFAEL BRAND**
E&U-Redaktor, info@scriptum.ch

«Die Umweltkommission des Ständerates beugt sich dem Willen der Atomlobby!», so die klaren Worte von SES-Geschäftsleiter Jürg Buri zum Entscheid der UREK-S vom 7. September: «Nur den Bau von AKW der heutigen Generation zu verbieten, kehrt das Ja von Bundes- und Nationalrat zum Atomausstieg ins Gegenteil um.»

Kurze Rückblende. 8. Juni 2011, 11 Uhr – Der Nationalrat sagt mit grossem Mehr Ja zum geordneten Atomausstieg und stützt damit die «neue Energiepolitik» des Bundesrats.¹

Endlich. Die Politik hat die Zeichen der Zeit erkannt und wagt einen Grundsatzentscheid hin zur Energiewende, hin zu einer nachhaltigeren Energiezukunft. – Knapp vier Monate nach dem Super-GAU in Fukushima war die Freude und Erleichterung weitherum

spürbar und teils riesengross, insbesondere in der Bevölkerung!

Genauso erfreulich war, dass sich auch die Aargauer Regierung (im Aargau stehen drei der fünf Schweizer AKW), die Zürcher Regierung, jüngst die Schaffhauser Regierung oder auch swisspower (die Dachorganisation der städtischen Elektrizitätswerke) gegen den Bau neuer AKW und für den Atomausstieg aussprachen.

So weit der Weg

Gleichzeitig war klar: So schön und auch ein wenig mutig der beschlossene Atomausstieg, so weit und schwierig wird der Weg noch werden. «Es ist nur ein erster Schritt getan!», so Jürg Buri, SES-Geschäftsleiter, zum beschlossenen Atomausstieg: «Den Tatbeitrag für den Einstieg in die Erneuerbaren und Energieeffizienz muss die Politik allerdings noch liefern! – Dies aber wohlweislich erst nach den nationalen Wahlen im Herbst.»

Ja zum Atomausstieg – «ohne Wenn und Aber»

Wir wollen den Atomausstieg und dies «ohne Wenn und Aber», erklärte BDP-Präsident Hans Grunder bereits wenige Tage nach dem Super-GAU in Fukushima. Auch für CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay war es nicht mehr «eine Frage ob, sondern wann und wie die Schweiz ohne Atomkraft auskommt». Selbst die FDP vollzog eine (vorerst überraschende) Kehrtwende und eine Fachkommission sammelte auf Geheiss von FDP-Präsident Fulvio Pelli eifrig Vorschläge für eine andere Energiepolitik. Dazu die klare Schlussfolgerung von FDP-Nationalrat und Kommissionsmitglied Peter Flück: «Die Schweiz könnte ab 2040 ohne Atomstrom auskommen.»² – Soweit die Versprechungen: Doch nun bockt der Ständerat!

Die Strom- und Atomlobby im Ständerat

Nach dem klaren Ja zum Atomausstieg im Nationalrat kündigten FDP und Atomstrom freundliche CPV-Ständeräte sofort an, dass anlässlich der Debatte vom 28. September noch Korrekturen anzubringen sind. Den grössten Spagat zwischen Atomausstieg, Wahltaktik und unbeirrtem Glauben an die Atomtechnologie



Foto: www.parlament.ch

Der Ständerat muss am 28. September zum Atomausstieg Farbe bekennen.

gie wagt dabei die FDP. So sagte Parteipräsident Fulvio Pelli eigentlich Ja zum Atomausstieg im Nationalrat: «Wir sind zu vier Fünfteln einverstanden.» Aber: «Wir wollen mit unserer Stimmenthaltung (im Nationalrat) erreichen, dass der Ständerat im Herbst die notwendigen Korrekturen einbringen kann.»³

Unterstützung erhält die FDP vor allem auch von einigen CVP-Ständeräten. Gemäss der «Zentralschweiz am Sonntag» gelten mindestens «bis zu neun der CVP-Ständeräte als Ausstiegsskeptiker». Beispielsweise der Innerrhoder CVP-Ständerat Ivo Bischofsberger will kein Technologieverbot, der Tessiner CVP-Ständerat Filippo Lombardi gilt als AKW-Lobbyist und sitzt im Vorstand der atomnahen «Aktion für eine vernünftige Energiepolitik» (aves) und auch Bruno Frick, CVP-Ständerat Schwyz, wehrt sich klar gegen den nationalrätlich beschlossenen Atomausstieg: «Der Ständerat wird nicht einfach Hurra rufen.»⁴

Diese Zustimmung, die Option «Neue AKW» offen zu halten, verwundert allerdings nicht, wenn man sich

die Zusammensetzung des Ständerats, vor allem die Nähe der ständerätlichen UREK-S (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) zur Atom- und Stromlobby vor Augen führt (s. E&U Nr. 3/2010: «Der Schweizer Atomfilz: eine Bestandesaufnahme»).

Droht nun ein Pseudo-Atomausstieg?

Die ständerätliche Energie- und Umweltkommission (UREK-S) hat anfangs September die vom Nationalrat gutgeheissenen drei Motionen zum Atomausstieg umgeschrieben und empfiehlt den abgeänderten Motionstext dem Ständerat am 28. September zur Annahme. Der Atomausstieg wird so umformuliert, dass

- 1 www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2011/06/08/Schweiz/Energiepolitik/ Der Nationalrat hiess drei entsprechende Vorstösse gut: Die Motion von Hans Grunder (BDP, «Keine neuen Rahmenbewilligungen für den Bau von Atomkraftwerken») wird mit 99 zu 54 Stimmen bei 37 Enthaltungen, diejenige von Roberto Schmidt (CVP) gar mit 101 zu 54 Stimmen bei 36 Enthaltungen angenommen.
- 2 www.blick.ch/news/schweiz/bdp-praesident-grunder-fuer-atomausstieg-109043 und www.sonntagszeitung.ch/home/artikel-detailseite/?newsid=173055
- 3 Zentralschweiz am Sonntag, 5.6.2011.
- 4 Zentralschweiz am Sonntag, 12.6.2011 / Neue Luzerner Zeitung, 27.8.2011



Nachgefragt bei Dr. Iwan Rickenbacher, Polit- und Kommunikationsexperte, CVP-Generalsekretär 1988-1992

E&U: Nach dem klaren Ja «ohne Wenn und Aber» zum Atomausstieg von BDP und CVP im Nationalrat soll nun die Option «Neue Atomkraftwerke» offen bleiben: Waren die Bekenntnisse zum Atomausstieg bloss Lippenbekenntnisse und reine Wahltaktik?

« Der Schock unmittelbar nach den Ereignissen von Fukushima sass tief, auch

bei den meisten PolitikerInnen. Entsprechend deutlich waren die ersten Reaktionen. Dann setzte das Nachdenken über Ausstiegsszenarien und Alternativen ein mit allen auch ernsthaften Konsequenzen. Die Tatsache, dass da und dort das Interesse an Ökostrom-Produkten nach einem kurzen Aufflackern wieder schwindet, zeigt, wie schwierig es sein wird, eine wirkliche Veränderung auch bei den KonsumentInnen durchzusetzen. Mit Wahltaktik hat die Unsicherheit einiger PolitikerInnen nichts zu tun. Wenn schon Taktik, müsste eine Kehrtwende nach den Wahlen eingeleitet werden. »

E&U: Vor allem auch CVP-Ständeräte wollen die Option «Kernenergie» offen halten. Das ist doch ein offener Widerspruch zur Politik von Bundesrätin Doris Leuthard und Parteipräsident Christophe Darbellay, die ein klares Bekenntnis für den geordneten Ausstieg fordern?

« Eine unbegrenzte Fortsetzung der Kernenergieproduktion auf der Basis der heutigen Technologie steht für die Mehrheit im Parlament ausser Debatte. Eine Option Kernenergie auf neuer Technologiebasis ist in absehbarer Zeit nicht einzulösen. Bundesrätin Doris Leuthard wird für ihre Kernanliegen, d.h. den geordneten Ausstieg aus der heutigen Kernenergie, in ihrer Fraktion, so vermute ich, eine grosse Mehrheit finden. »

E&U: Die Energiepolitik der CVP wird für die nächsten Jahre mitentscheidend sein. Sie als ehemaliger CVP-Generalsekretär: Wie ernst

ist es der CVP mit dem Atomausstieg, sprich mit einer konsequenten Energiepolitik hin zur Energiewende ohne nukleare Risiken?

« Ich bin seit bald 20 Jahren nicht mehr Generalsekretär und ich verfolge die Meinungsbildung der CVP wie die anderer Parteien. Bürgerliche wie linke Parteien geben sich aber Rechenschaft, dass grüne Parteien, die sich u.a. auch dem Ausstieg aus der Atomenergie verschreiben, einen stetigen Zuwachs verzeichnen. PolitikerInnen erfahren zudem in zahlreichen Bürgerkontakten, dass viele ihrer WählerInnen neue Antworten auf die Energiefrage erwarten. Diese Zeichen nicht zu beachten, können sich die Parteien, die ihr politisches Gewicht erhalten möchten, auf Dauer nicht leisten. »

E&U: Welche Rolle spielt die Frage des Atomausstieg bei den National- und Ständeratswahlen vom 23. Oktober?

« Langfristig werden Fragen um Energieerzeugung, Energieverbrauch und Energieeffizienz auch als Teil der Klimadebatte bei Wahlentscheiden eine zunehmende Rolle spielen. Kurzfristig spielen andere Problemfelder, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes angesichts der Eurokrise, das Wachstum der Bevölkerung durch Einwanderung etc. für die Mehrheit der Wählenden eine wichtigere Rolle. »

E&U: Stets die Option «sichere, saubere Atomkraftwerke» im Hinterkopf: Wie glaubwürdig ist diese Ja-Aber-Haltung zum Atomausstieg? Droht nun eine Blockade bezüglich Leuthards neuer Energiepolitik?

« Für die Glaubwürdigkeit der neuen Energiepolitik, die ja in unserem Land nie von einer Person allein definiert wird, ist es entscheidend, die konkreten Massnahmen aufzuzeigen, die eine sichere Energieversorgung ohne Atomstrom in absehbarer Zeit ermöglichen, und diese Massnahmen politisch auch schnell und folgerichtig umzusetzen. Die Ansätze sind zum grossen Teil bekannt, von der Sensibilisierung der KonsumentInnen, zur individuellen Förderung erneuerbarer Energien bis zur kostendeckenden Einspeisevergütung und der allfälligen Einführung von Ökoquoten für Stromfirmen. »

AKW Mühleberg: Unfallrisiko liegt ausserhalb des verantwortbaren Bereichs

Der CVP-Energiefachmann und ehemalige Luzerner Grossrat Anton F. Steffen, der sich als Ingenieur seit drei Jahrzehnten mit der Materie auseinandersetzt, zieht als Mitglied der CVP-Arbeitsgruppe zur künftigen Schweizer Energiepolitik eine schonungslose Analyse: Die Politik habe seit der Tschernobyl-Katastrophe nur geschlafen. Steffen sieht für das AKW Mühleberg «keine Zukunft», wie in der «Zentralschweiz am Sonntag» vom 22. Mai zu lesen war. Dieses basiere auf einer veralteten Siedewasserreaktortechnik und sei gegen Erdbeben wie gegen Hochwasser ungenügend geschützt. Es müsse ausser Betrieb genommen werden: «Das Risiko (eines Unfalls) liegt deutlich ausserhalb des verantwortbaren Bereichs und kann auch durch teure Nachrüstungen nicht erheblich gesenkt werden.» Und Steffen weiter: «Die übrigen Kernkraftwerke, vor allem Beznau I und II, sollten in den nächsten Jahren ebenfalls abgestellt werden.»

Sein Papier lag offenbar auch auf dem Pult von Bundesrätin Doris Leuthard und sei mit Interesse gelesen worden, heisst es in der «Zentralschweiz am Sonntag». Bissant ist diesbezüglich ein Zitat von Bundesrätin Leuthard in der «NZZ am Sonntag» vom 29. Mai auf die Frage «Wann haben Sie Ihre Meinung geändert?»: «Ich rechne und schaue genau hin. Zudem bin ich nicht gegen die Kernkraft-Technologie, sonst hätten wir die bestehenden Werke sofort abstellen müssen.»

lediglich keine Atomkraftwerke der «heutigen Generation» mehr bewilligt werden.⁵

SES-Geschäftsleiter Jürg Buri spricht Klartext: «Der beschlossene schrittweise Atomausstieg verkommt so zum Pseudoausstieg! Der Entscheid der UREK ist widersprüchlich und mehr als fragwürdig. Zwar wird vom Atomausstieg gesprochen, gleichzeitig aber die Rechtsgrundlage für den Bau neuer AKW geschaffen. Strompolitisch ist das ein Fiasko.»

Die Hintertüre für «Neue AKW» soll also – je nach Auslegung von «Kernkraftwerke der heutigen Generation» – wieder (weit) offen stehen. Unter dem Strich könnte dies gar einen «Ausstieg aus dem Atomausstieg» bedeuten. Die grünliberale Ständerätin und UREK-S-Mitglied Verena Diener warnt ausdrücklich: «Ohne

klare Kriterien könnten auch modifizierte AKW der jetzigen Technologie zur neuen Generation zählen.»⁶

UREK-S-Präsident und Atombefürworter Rolf Schweizer jedenfalls glaubt, dass es bereits in 15 Jahren neue, sichere Reaktoren geben könne.⁷

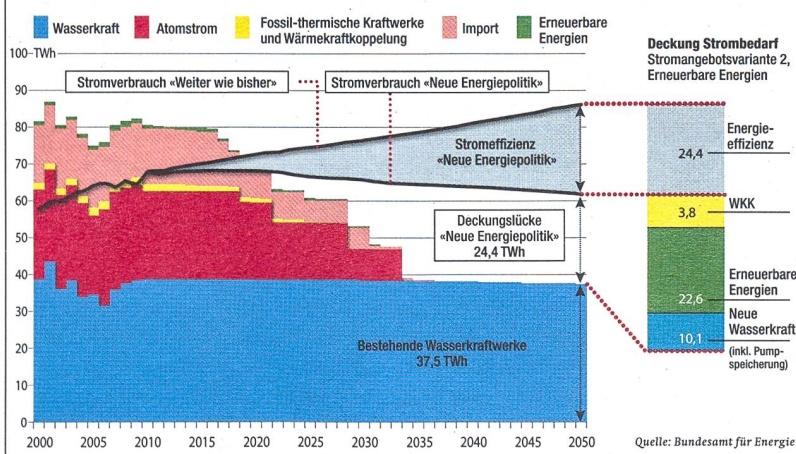
Die SES warnt hingegen vor illusorischen Erwartungen bezüglich neuer Atomtechnologie: «Das sind Träumereien und leere Zukunftsversprechen, wie sie die Atomforschung bald über dreissig Jahre immer wieder ins Feld führt. Fakt ist, dass es in nützlicher Frist keine neuen Reaktortechnologien geben wird, die absolut sicher sind, keine langlebigen Abfälle produzieren und kein Proliferationsrisiko (Plutonium für Atombomben) mit sich bringen.»

Jürg Buri betont: «Mit dem Entscheid, die Atomoption offen zu halten und auf Atomreaktoren einer neuen Generation zu warten, die es nie geben wird, erweist die UREK-S unserem Land einen gewaltigen Bärendienst.» Unmissverständlich die Forderung der SES deshalb an den Ständerat: «Die Stromwirtschaft braucht klare Signale und Planungssicherheit. Das Plenum muss den Fehlentscheid der UREK-S am 28. September dringend korrigieren und dem Ausstiegsbeschluss von Bundes- und Nationalrat folgen.»

Atomausstieg Ja oder Jein? Wie entscheidet der Ständerat am 28. September?

Am 28. September werden im Ständerat an der ausserordentlichen Session «Kernenergie und alternative Energien» wichtige Entscheidungen fallen. Die StänderätInnen debattieren nebst dem Atomausstieg (ob überhaupt und wie) auch über wegweisende, energiepolitische Schritte hin zu der vom Bundesrat beschlossenen «neuen Energiepolitik» (z.B. zur Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren). Die Herren und Damen Ständeräte werden zeigen müssen, wie ernst es ihnen mit der neuen Energiepolitik nach dem Super-GAU von Fukushima wirklich ist!

Die Stromversorgung gemäss «Energieszenarien 2050»



Das Ziel der FDP ist es, unter dem Deckmantel «kein Technologieverbot» ein klares Ja zum Atomausstieg zu verhindern. In der UREK-S hatte die FDP mit ihrer Polit-Strategie vollen Erfolg. Unterstützung werden die FDP-StänderätInnen zweifellos von der SVP und anderen Atomstrom freundlichen StänderätInnen erhalten, deren energiepolitische Positionen sich

Der Atomausstieg ist möglich und machbar. Das zeigen auch die «Energieperspektiven 2050» des BFE. Die Instrumente und Massnahmen liegen längst auf dem Tisch. Klar ist, der Atomausstieg hat seinen Preis. Doch ein «Weiter wie bisher» mit fatalen Folgen für Klima, Umwelt und Menschen wird ein Mehrfaches kosten. Wenn es die reiche Schweiz nicht vormacht, wer dann? Was fehlt, ist vor allem der politische Wille!

auch nach dem atomaren Super-GAU von Fukushima kaum oder nur wenig bewegt haben.

Wie im Nationalrat werden also auch im Ständerat die CVP-Stimmen entscheidend sein. Die grünliberale Ständerätin Verena Diener machte Hoffnung und glaubt, dass der Entscheid im Ständerat «durchaus offen» sei. Martin Bäumle, Parteipräsident und mit den Grünliberalen in die CVP-Fraktion eingebunden, fordert von der CVP und BDP auch im Ständerat «ein klares Bekenntnis zum Atomausstieg». Martin Bäumle gab sich optimistisch: «Ich gehe davon aus, dass die CVP-Ständeräte den Ausstieg konsequent bestätigen.» Offenbar jedoch kam es an der CVP-Fraktions-sitzung am 2. September «zu hitzigen Auseinandersetzungen», worauf aber Fraktionschef Urs Schwaller ausdrücklich betonte: «Die CVP hält am Atomausstieg ohne Wenn und Aber fest.»⁸

Auch der Bundesrat hat am 8. September nochmals in seiner Antwort zur Motion von FDP-Ständerat Felix Gutzwiller ein klares Ja zum Atomausstieg gefordert und spricht sich dagegen aus, die Türe für AKW einer neuen Generation offen zu lassen. Dies werde «zu grosser Unsicherheit führen». Vielmehr gehe es um «ein wichtiges Signal an den Markt, bzw. an die Investoren im Bereich innovativer Energietechnologien», spricht um die zentrale Frage von «Investitions- und Planungssicherheit».⁹

Die Mehrheitsverhältnisse scheinen im Ständerat also nicht mehr so klar wie in der UREK-S. Sollte sich aber der Ständerat am 28. September – wider Erwarten – gegen die Option «Neue AKW», respektive für ein klares Ja zum Atomausstieg aussprechen, wäre dies zweifellos ein «historischer» Schritt hin zu Energiewende! Die Hoffnung stirbt zuletzt...

Keine schwachen Ziele!

Ein klares Ja zum Atomausstieg im Ständerat wäre in der Tat wegweisend. An der diesjährigen SES-Fachtagung sagte Hans-Josef Fell, Mitglied Deutscher Bundestag (s. S. 22/23): «Schwache Ziele legitimieren, am alten, fossilen Energiesystem festzuhalten.» Genau solch ein schwaches Ziel aber droht, wenn der Ständerat ein – nicht mal halbherziges – JEIN zum Atomausstieg beschliesst. Es würde dazu legitimieren, untätig die Option «Neue AKW» abzuwarten und die bundesrätliche «neue Energiepolitik» gezielt zu verhindern, damit es mit der Energiewende nicht vorwärts geht.

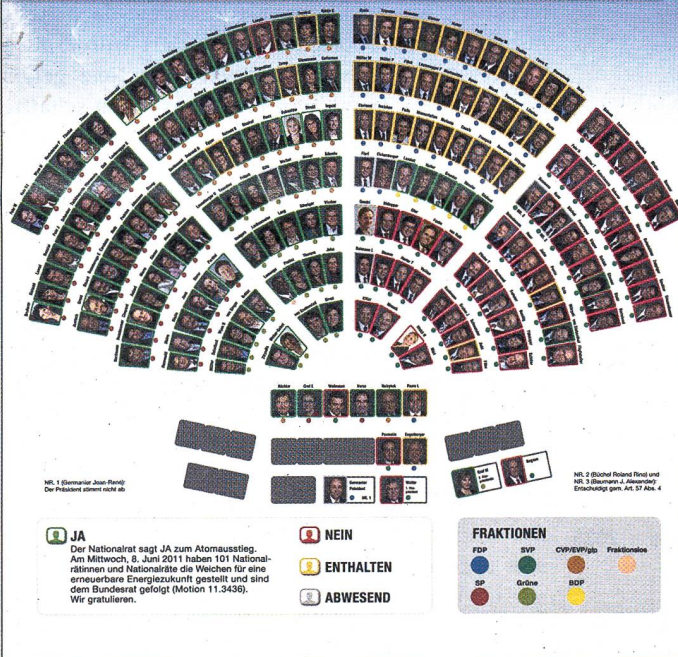
Wer sich jedoch eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder vor Augen hält, dem ist klar, dass die Zukunft erneuerbar ist und sein muss. Der Atomausstieg ist deshalb ein wichtiger, wegweisender Einstieg in eine Energiewende, die uns Lösungsansätze und Innovationen bringen und uns weg vom heutigen, nicht nachhaltigen fossilen Energiesystem führen kann. – Eine Chance, die nicht alle Tage kommt! <

Die richtige Wahl am 23. Okt. 2011: Ihre Stimme zählt!

umweltrating.ch
Deutsch Français

Über die konkreten Schritte hin zur «neuen Energiepolitik», welche den Atomausstieg will, wird vor allem das neu gewählte Parlament entscheiden (voraussichtlich ab 2013). Welcher Nationalrat, welche Ständerätin hat sich für Energieeffizienz, Solarstrom und andere Erneuerbare, für den Klimaschutz, sprich für die Wende hin zur Energiezukunft eingesetzt? Das Umweltrating der SES und der Umweltallianz bietet fundierte Wahlhilfe und basiert auf der Auswertung von 55 energie- und umweltrelevanten Abstimmungen. Zudem liefert umweltrating.ch auch Infos und energiepolitische Positionen zu KandidatInnen, die in den National- und Ständerat wollen. Helfen Sie mit bei der Energiewende. Ihre Stimme zählt!

JA ZUM ATOMAUSSTIEG.
Nationalrat folgt Bundesrat. Wir gratulieren.



Wer sagte Ja, wer Nein oder «nichts» zum Atomausstieg im Nationalrat? Diese Zusammenstellung finden Sie als Download unter www.nein-zu-neuen-akw.ch/?p=1328. Sie hilft dabei, am 23. Oktober 2011 die richtige Wahl zu treffen.

- 5 Der von der UREK-S verabschiedete, abgeänderte Text der Motionen 11.3257 (Fraktion der Grünen), 11.3426 (Fraktion BDP) und 11.3436 (Schmidt) lautet wie folgt: Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, um die Gesetzgebung wie folgt anzupassen: «Es dürfen keine Rahmenbewilligungen zum Bau neuer Kernkraftwerke der heutigen Generation erteilt werden.» www.parlament.ch/d/mm/2011/Seiten/mm-urek-s-2011-09-07.aspx
- 6 www.tagesanzeiger.ch, 4.9.2011.
- 7 SES-Medienmitteilung, 31.8.2011
- 8 www.tagesanzeiger.ch, 4.9.2011.
- 9 www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2011/09/08/Schweiz/Energiepolitik/Bundesrat-gegen-AKW-neuer-Generation